

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 23.

Paderborn, 22. Februar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Garmond-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden noch fortwährend angenommen und die früher erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins zc.

Ämtliches.

Deutschland. Paderborn (Eöher angekommen); Münster (Prinz Waldemar †); Berlin (Verordnung des Ministeriums der geistl. Angelegenheiten; die Kammern werden am 26. durch den König eröffnet); Frankfurt (Gerücht von Unruhen; die Temme-Feier); Wien (Castelle); Stuttgart (Beschluss der Ständeversammlung); Hamburg (Kriegsrüstungen gegen Dänemark); Schleswig (Schaffung einer Mobilgarde).

Ungarn. Pesth (vom Kriegsschauplatz).

Italien. Florenz (der „Volksbeschluss“; Nachrichten aus Gaeta; die Republik in Rom proclamirt; das Grundgesetz).

Spanien. Madrid (die Verhandlungen über die Wiedereinführung des Papstes).

Personal-Chronik.

Vermischtes.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins

über die Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848.

Fortsetzung.

Von dem Augenblicke an, wo die Form des Staates und eine Staatsordnung über ein Volk gekommen, wo also aus schwachen Naturwesen ein kräftiges Kunstwerk entstanden war, mußte man sich über die Triebfedern Rechnung geben, durch welche das Kunstwerk am besten in den Gang gesetzt werden könnte. Zuerst — und das dauerte manche Jahrhunderte, denn in der sehr künstlichen und verwickelten Staatsmaschine arbeitet der Geist langsam — zuerst wandte man auf die Regelung und Lenkung des Staates, dieselbe Form an, welche früher in der einzelnen Familie, und demnächst im größeren Stamme dienlich gewesen war. Das war die patriarchalische Regierung eines Einzelnen. Später schlug diese Einrichtung um, man sah vom Patriarchen, von der Herrschaft des Einzelnen ganz ab, und man erschuf auf künstlichem Wege Gewalten lediglich aus dem Volke — das war die republikanische Regierung. Das wechselte wegen der Mangelhaftigkeit der künstlichen Staatsformen sehr oft, so daß im selben Volke bald Monarchie, bald Republik vorwaltete. Die weisesten Männer, besonders unter den Griechen, und später unter den gebildeten Völkern, machten es sich zur Aufgabe, die beste Regelung des staatlichen Kunstwerkes zu erdenken, und in das Leben einzuführen. Man gelangte so dahin sich zu überzeugen, daß die patriarchalische Regierungsform sich für einen größeren Staat nicht eigne, und daß die schrankenlose Herrschaft eines Einzelnen eines unterrichteten Volkes unwürdig sei. Diejenigen, welche sich für die Republik entschieden, erkannten, daß die im Volke steckenden Menschen nicht unmittelbar den Staat regeln könnten und dürften, sondern daß sie sich vertreten lassen müßten durch Männer ihrer Wahl; sie bestimmten sich für die repräsentative Republik. Die andern, welche die monarchische Staatsform für die beste hielten, erkannten, daß der Fürst darum doch nicht allein den Staat regeln dürfe, soda vielmehr gewisse Vertreter des Volkes, die dem Staate, und nicht dem Fürsten, zustehende Gewalt in der Gesetzgebung

mit auszuüben hätten. Um nun bei beiden Formen, der repräsentativen Republik und der repräsentativen Monarchie, die Willensbestimmung des Volkes zu ermitteln, bedurfte es verschiedener künstlichen Mittel, als Wahlgesetze, Stimmzählungsverhältnisse und dergl. Da sind nun zwei Kunstmittel besonders bemerkenswerth. Nämlich einmal hat man sich stillschweigend, oder auch des Nutzens wegen ausdrücklich, dahin geeinigt, daß nur die Menschen männlichen Geschlechts, und aus diesen nur gewisse Männer ihren Willen äußern, und unter diesen wieder, künftighin die Mehrheit entscheiden sollte; man wollte dann annehmen, als ob die weibliche Hälfte des Volkes und die nicht stimmberechtigten Mannspersonen dasselbe wollen wie die Mehrzahl, und daß die Minderzahl der Stimmenden ihren Willen geändert habe. Das ist allerdings ein recht kluges Mittel, aber es enthält doch eine Voraussetzung, die unter besondern Umständen recht bedenklich sein kann. Zweitens überzeugte man sich in den Fällen, wo das Volk angewachsen war, und hundert mal tausend Mann und noch mehr enthielt, daß eine Zusammenkunft und Abstimmung aller Einzelnen unmöglich war. Da wandte man ein noch feineres Mittel an, welches aber noch bedenklichere Voraussetzungen hat. Man machte 100 Abtheilungen von 1000 Mann, diese Abtheilungen wählten 100 Vertreter, und der Wille der Mehrheit der stimmenden Vertreter wurde als Mehrheits-, und als einziger Wille des Volkes selbst angesehen. Da kann es kommen, daß in jeder besondern Abtheilung der Deputirte mit 501 Stimmen gewählt wird, dann werden eigentlich nur 50100 Männer vertreten, und 49900 Männer nicht. Von den 100 Vertretern sagen 51 ja und 49 nein, letztere aber vertreten 24549 Männer. In diesem Falle hätten die 51 bejahenden Deputirten 25551 Männer vertreten, und dann stellt sich die Sache so:

- 1) es wird vermuthet, daß 25551 Männer ja gesagt haben; gewiß ist es nicht, denn die Ueberzeugung der Deputirten kann eine andre sein, als die Ansicht ihrer Wähler;
- 2) es wird vermuthet, daß die 24549 Männer, deren Abgeordnete nein gesagt haben, mit dem Nein nicht einverstanden sind, sondern umgekehrt ja gesagt haben!
- 3) es wird angenommen, daß die 49900 Männer, welche keinen Mann ihrer Meinung und Partei abordnen konnten, nicht nur der Meinung der Deputirten der andern Partei, sondern der ersigedachten 51 Abgeordneten sind!!
- 4) eben dasselbe wird vorausgesetzt von allen Weibern und den Mannspersonen die nicht wählen dürfen!

Da läßt sich nicht mehr von dem Willen der Mehrheit des Volkes, geschweige des ganzen Volkes reden. In aufgeregten Zeiten, oder bei aufregenden Gegenständen, werden häufig gleiche oder ähnliche Zahlenverhältnisse zu bemerken sein, so daß vom Standpunkte der einzelnen Köpfe aus, und das Geistige der Staatsbildung bei Seite gelassen, die s. g. Mehrheitsbeschlüsse nur zu oft die Minderheit der Köpfe darstellen.